

BUNDESTAG

Den Wählerwillen besser abbilden

„Aufgebläht“ vom 22. September:

Ich teile die Außenansicht von Professor Joachim Behnke bezüglich der Probleme mit Überhangmandaten. Angesichts dessen, dass sich aber inzwischen 50 Prozent der Wähler noch eine Woche vor der Wahl nicht mit einer der etablierten Parteien identifizieren können, halte ich eine andere Reform für wesentlich dringlicher: Die Einführung einer dritten Stimme, mit der Wähler festlegen können, welcher Partei ihre Stimme zufällt, falls die vorrangig gewünschte Partei an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert. Dies würde dem Wähler eine wesentlich größere Bandbreite eröffnen, seinen politischen Willen kundzutun, ohne diesen beim Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde ins Gegenteil zu verkehren.

Wenn ein Wähler beispielsweise für eine ökologische Nischenpartei stimmt, verfälscht es seinen Willen schon, dass er bei deren Scheitern die Grünen schwächt. Er will aber doch wohl sicher nicht, dass seine nun ungültige Stimme zum größten Teil größeren wirtschaftsliberalen Parteien zugute kommt.

Würde diese Stimme beim Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde wenigstens dazu beitragen, den Bundestag zu verkleinern, würde dies den Wählerwillen zumindest nicht ins absolute Gegenteil verzerren. Weit besser gewahrt werden könnte der Wählerwille jedoch mit vorgenannter dritter Stimme. Richard Geist, München

Anders verteilen

Joachim Behnke fordert in seiner Außenansicht „Aufgebläht“ zum Problem der Vergrößerung des Bundestages eine „langfristige sinnvolle und nachhaltige Reform“, die „an der Entstehung der Überhangmandate ansetzen“ muss. Dabei zeigt eine Betrachtung des Wahlergebnisses von 2013, dass die CDU als einzige Partei vier Überhangmandate errungen hatte und absurderweise trotzdem noch 13 Ausgleichsmandate erhielt. Die Ursache für die Vergrößerung des Parlaments war das Ergebnis der CSU, die ohne Ausgleichsmandate für die anderen Parteien rechnerisch mit Abstand die wenigsten Stimmen für einen Sitz im Parlament benötigt hätte. Das Problem der Aufblähung des Bundestages entsteht also nicht nur durch Überhangmandate, sondern auch durch die vorrangige Verteilung der Sitze auf die Bundesländer. Jochen Poppe, Nümbrecht

Abonnement: sz.de/abo Die Süddeutsche Zeitung wird als gedruckte Zeitung auf Papier und online auf der Nachrichtenseite SZ.de und in den Apps für Tablet und Smartphone vertrieben. Sie erscheint werktäglich, freitags mit SZ Magazin.

Monatsbeiträge: inkl. Umsatzsteuer: Zeitung bei Zustellung frei Haus: in Bayern 59,90 Euro, außerhalb Bayerns 62,90 Euro, für Studierende 30,90 Euro (nach Vorlage einer Bescheinigung). Weitere Preise (z.B. im Ausland) und Bestellungs- und SZ Plus (inkl. SZE-Paper): 34,99 Euro. Vorzugspreis für tägliche Abonnenten 9,50 Euro, für Wochenend-Abonnenten 17,50 Euro. Bankkonto: Bayer. Landesbank (IBAN: DE75 7005 0000 0000 0316 50, BIC: BYLADEM3333). Das Abonnement kann schriftlich mit einer Frist von vier Wochen zum Monatsende bzw. zum Ende eines vorab berechneten Bezugszeitraumes gekündigt werden.

Abonnenten- und Leserservice: Telefon (089) 21 83-80 80, Fax (089) 21 83-82 07, sz.de/abo (Bestell-, Information, Service)

SUEDEDEUTSCHE ZEITUNG (USPS No. 0541550) is published daily except Sunday and holidays by Sueddeutsche Zeitung GmbH. Subscription price for USA is \$1050 per annum. K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St, Englewood, NJ 07631. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631 and additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: SUEDEDEUTSCHE ZEITUNG, GLP, POBox 9868, Englewood, NJ 07631.

KATALONIEN

Einer Demokratie unwürdig



Abspaltungswilliges Katalonien: „Haben wir sie überzeugt?“

ILLUSTRATION: CHAPPATTE

dem spanischen Ministerpräsidenten darüber zu sprechen versucht und Vorschläge gemacht. In anderen spanischen Gebieten – im Norden und im Süden, wurden Regeln akzeptiert, die in Katalonien nicht akzeptiert werden. Der spanische Ministerpräsident sagt, er sei bereit dazu, über alles zu sprechen, außer über Kataloniens Einzigartigkeit. Worüber möchte er dann sprechen? Das Wetter vielleicht? Seit fünf Jahren gehen die Katalanen jährlich auf die Straße, um ohne Gewalt eine Lösung zu finden. Niemand reagiert. Sie haben eine demokratische Lösung gefunden, aber als Antwort kommt die spanische Polizei und schlägt die Menschen, als ob sie gefährliche Feinde wären.

Es wird ein Vermittler gebraucht, der unparteiisch ist und sich zwischen die beiden Regierungen hinsetzen kann, damit die Länder nebeneinander weiterleben können. Es ist dringend, und die Länder sind Mitglied der EU, aber die EU möchte diese Rolle nicht spielen. Ist das Thema auch hier tabu? Was ist dann der Vorschlag, um den Konflikt besonnen zu lösen? Maria Costa Pau, Rostock

Sezession wäre rechtmäßig

Die Katalanen haben nach übergedrehtem Völkerrecht (UN-Gericht zum Kosovo 2010: Abspaltung von einem Staat steht völkerrechtlich über einem eventuellen Verbot in der staatlichen Verfassung) das Recht, sich vom übrigen Spanien loszusagen. Belgrad wurde sogar bombardiert, bis man auch dort die Trennung des Kosovo vom Reststaat Jugoslawien akzeptierte. Wenn die Katalanen dann nicht mehr in der EU sind, haben sie keine grundlegenden Nachteile, wie die Schweiz, Norwegen usw. (alles erfolgreiche Efta-Staaten außerhalb der EU mit sehr guten Beziehungen zur EU) beweisen. Sie sparen unter anderem viel Geld Richtung Brüssel. Walther Reichwein, Berlin

Unterdrückt wird hier niemand

Katalonien ist, wie Spanien, ein demokratisches Land. Es findet hier keine Unterdrückung statt, auch wenn einige Medien bemüht sind, das Gegenteil zu zeigen. Das am Sonntag abgehaltene Unabhängigkeitsreferendum wurde vom spanischen Verfassungsgericht, nicht etwa der spanischen Regierung, als verfassungswidrig erklärt und verboten. Das Unabhängigkeitsreferendum hat das katalanische Parlament zu tiefst gespalten und verbittert. Aus diesen Gründen ist die Mehrheit der wahlberechtigten Katalanen (zu denen auch ich zähle) am Sonntag nicht zu den Urnen gegangen.

Das Urteil des spanischen Verfassungsgerichts zum katalanischen Referendum ist nicht Zeichen einer Unterdrückung der Katalanen, sondern vielmehr die Durchsetzung der spanischen Verfassung. Diejenigen katalanischen Bürger, die das nicht anerkennen, geben sich als Opfer einer Unterdrückung aus, die es in Spanien nicht gibt. Das birgt ein großes Problem für die Zukunft Spaniens, aber auch der gesamten Europäischen Union. Prof. Asunción Esteve, Barcelona/Spanien

Skrupelloses Schauspiel

Ein Schimpfen auf die Katalanen. Mehr haben König und Ministerpräsident nicht übrig für die, die sich in und um Barcelona Luft verschafft haben mit ihrer Wut über einen als ungerecht empfundenen Umgang mit der Bedeutung ihrer Region. Im Prinzip war es nicht mehr und auch nicht weniger als eine Meinungsäußerung, eine Abstimmung, die zunächst keine rechtliche Bedeutung hat.

Und doch war sie wichtig, denn sie brachte zum Ausdruck, was Katalanen denken – und was viele von ihnen wollen. Natürlich barg das potenzielle Ergebnis eine große Sprengkraft. Immerhin war klar, dass mit Madrid abgerechnet würde unter

denen, die ihr Votum abgaben. Doch dass niemand aus der Regierung, niemand aus der Monarchie die Opfer betrauert, die von spanischen Polizisten grün und blau geschlagen wurden, dass sich niemand dafür entschuldigt, Verantwortung übernimmt, nein, sogar noch rechtfertigt, dass Frauen und Kinder grundlos geprügelt, an den Haaren gezogen und malträtiert wurden, das wirft ein deutliches Bild auf das Verständnis von Demokratie der Verantwortlichen der Zentralregierung.

Denn es geht nicht um die Frage der Legitimität einer Volksabstimmung, sondern darum, wie man es in Madrid mit Grundrechten hält. Die der Polizei definiert man weit, die der Katalanen eher eng. Und bei all dem skrupellosen Schauspiel, das die „Guardia Civil“ abgibt, schweigen Berlin und Brüssel gleichermaßen. Wo Gewalt herrscht, da gibt es keine inneren Angelegenheiten, in die sich die EU nicht einmischen dürfte! Dennis Riehle, Konstanz

Für eine europäische Republik

Die Zeit ist reif für die europäische Republik. Diese soll ein föderatives Gebilde aus kleinen Regionen sein, denen die größtmögliche Selbstverwaltung und volle kulturelle Selbstständigkeit überlassen werden. Nur unabhängige Dinge werden zentralisiert, und die Bewegungsfreiheit von Waren und Personen wird garantiert. Der Finanzausgleich soll auf ein Minimum reduziert werden, und es sollte auch keine Scheu bestehen, mal einen Gliedstaat ähnlich wie in den USA pleitegehen zu lassen. Die herkömmlichen Nationalstaaten mit ihren ineffizienten Finanzverteilungsmechanismen und kulturellen Vereinheitlichungsstreben sind überholt. Durch den freien Waren- und Personenverkehr wird die Trennung in kleinere Einheiten nicht sehr schmerzhaft werden, da alte Beziehungen erhalten bleiben. Michael Oberseider, München

WEITERE BRIEFE

Kinder haben mehr Vertrauen

„Der Marshmallow-Test“ vom 2./3. Oktober: Die Forscher messen mit dem sogenannten Marshmallow-Test nicht in erster Linie die Fähigkeit zur Selbstkontrolle für einen Belohnungsaufschub von Kindern. Entscheidend ist nämlich, welches Vertrauen die Kinder in die Versprechungen der Forscher (und von Erwachsenen im Allgemeinen) haben. Damit können auch die Ergebnisse der Forschungen besser erklärt werden. Vertrauensvolle Beziehungen in der Kindheit haben eine hohe Korrelation zu Erfolgen im Erwachsenenleben. Und Änderungen im Erziehungsstil in den vergangenen fünfzig Jahren haben offenbar zu einem höheren Vertrauen von Kindern gegenüber Erwachsenen geführt. Konrad Baer, Hannover

EU-Einnahmen sinken durch Ceta

„Teile und herrsche“ vom 21. September: „590 Millionen Euro werde die EU von nun an jährlich sparen, erklärte die Behörde am Mittwoch in Brüssel. Dies sei der Betrag, den Firmen bisher an Zöllen für nach Kanada ausgeführte Güter zahlen müssten.“ Diese Aussage der EU-Kommission zum Beginn der vorläufigen Anwendung von Ceta gibt die Wirklichkeit unzulässig verkürzt wieder und führt die EU-Bürger in die Irre.

Nicht wir EU-Bürger, sondern die europäischen Unternehmen, die diese Zölle bisher an Kanada zahlen mussten, sparen 590 Millionen Euro jährlich. Dasselbe gilt auch umgekehrt, die kanadischen Unternehmen werden durch Ceta ebenfalls fast keine Zölle mehr an die EU-Staaten zahlen müssen, in die sie ihre Waren importieren. Zusammengefasst: Die Einnahmen der EU-Staaten und Kanadas, und damit der ihrer Bürger, sinken mit Ceta durch den Wegfall von Zöllen, denn die Ersparnisse durch wegfallende Zölle kommen alleine den Unternehmen zugute. Sabine und Michael Köhler, München

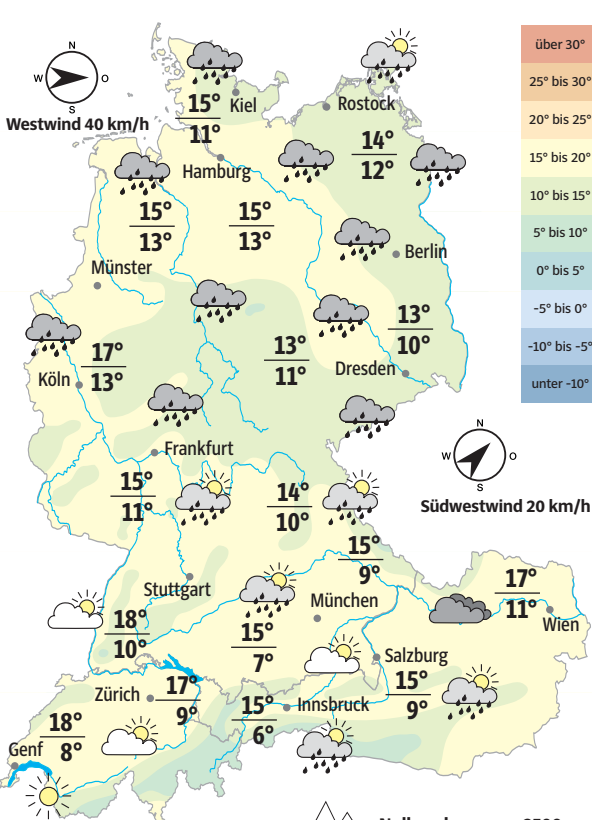
KORREKTUREN

» In „Wie sich Pegida-Anhänger bewaffnen“ hieß es am 4. September im München-Teil, während einer Razzia bei der „Bayerischen Schießsportgruppe München“ habe die Polizei unter anderem zwei illegale Waffen beschlagnahmt. Dies ist falsch. Die Begutachtung der Waffen durch das Landeskriminalamt hat nach Angaben des bayerischen Innenministeriums mittlerweile ergeben, dass Erwerb und Besitz der beiden Waffen rechtmäßig waren.

Leserbriefe sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion. Wir behalten uns vor, die Texte zu kürzen. Außerdem behalten wir uns vor, Leserbriefe auch in der digitalen Ausgabe der Süddeutschen Zeitung und bei Süddeutsche.de zu veröffentlichen. Es können nur Zuschriften veröffentlicht werden, die sich auf benannte Artikel der Süddeutschen Zeitung beziehen. Zuschriften ohne Angabe des vollen Namens und der vollständigen Adresse können wir leider nicht bearbeiten. Bitte geben Sie für Rückfragen auch immer Ihre Telefonnummer an.

Fax: 089/21 83-85 30 forum@sueddeutsche.de

DAS WETTER



Oft wechselhaft, nur wenige Wolkenlücken

Wetterlage Ein Tiefdruckgebiet zieht mit seinem Zentrum zum Süden Skandinaviens und lenkt über Teile West- und Mitteleuropas einige Regenfälle. Auch über die Britischen Inseln, über Polen sowie über Nordosteuropa ziehen gebietsweise Regenschauer. Es besteht größtenteils eine geringe Gewitterneigung. Im Süden Europas scheint dagegen häufig die Sonne. Die Regenschauer über der Adria und dem westlichen Mittelmeer halten sich in Grenzen.

Aussichten Tagsüber ist es meist stark bewölkt. Nur im Südwesten kommt es teilweise zu Aufheiterungen. Hier bleibt es auch am ehesten trocken. Sonst regnet oder nieselt es häufig etwas. Die Regenintensität ist im Norden und über den Mittelgebirgen am größten. 10 bis 18 Grad werden erreicht. Es weht ein mäßiger bis frischer, in Böen teilweise starker West- bis Südwestwind. An den Küsten und auf dem Harz kann es stürmische Windböen geben.

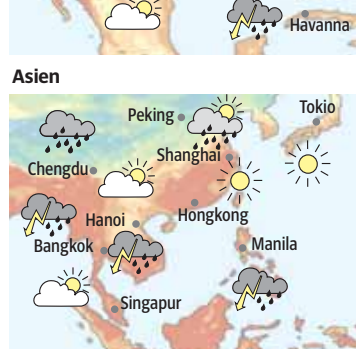
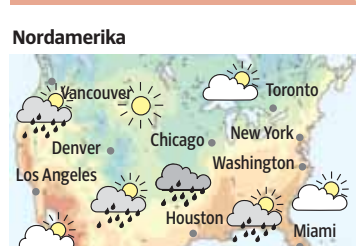
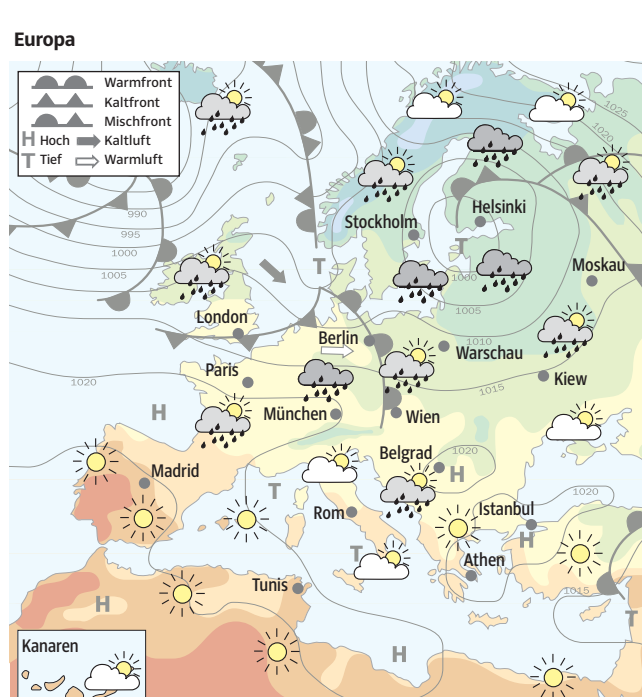


Table with 2 columns: Urlaubsorte, Luft Wasser. Lists temperatures for various holiday destinations.

Quelle: www.wetterkontor.de

Table with 2 columns: Weltwetter, 12.00 Uhr UTC. Lists weather conditions for various global cities.

Advertisement for Lufthansa featuring a woman on a terrace and a bird. Text: Mein Blick von der Terrasse. Asien ab 499€. Nonstop you. Lufthansa logo.